

# Nebroner Anzeiger

Druck und Verlag: Buchdruckerer Wlth. Sauer in Köthen.

№ 105

Donnerstag, den 1. September 1932.

45. Jahrgang

## Tarifgedanke bleibt

Erläuterungen zum sozialpolitischen Programm.

Berlin, 31. August.

Mitteilungen von zukünftiger Stelle lassen erkennen, daß die Reichsregierung am Tarifgedanken und Schlichtungsweisen grundsätzlich festhalten will.

Eine Sozialpolitik könne nicht getrieben werden ohne Rücksicht auf die Wirtschaft, und eine Wirtschaftspolitik nicht ohne Rücksicht auf die Sozialpolitik. Alle bisherigen Maßnahmen zur Verminderung der Arbeitslosigkeit hätten sich als nicht ausreichend erwiesen. Aus diesem Grunde habe sich die Regierung zu einer konzentrischen Angriff entschlossen, damit wirklich einmal großzügige Schritte geschaffen werden.

Es komme der Regierung darauf an, den Arbeitslosen vor allem in den schwereren Monaten zu helfen.

Die Regierung plane Maßnahmen, um die Arbeitslosen auch in diesem Winter über Wasser zu halten. Es sei beabsichtigt, bei einigen Kategorien von Arbeitslosen, besonders bei Arbeitslosen mit funderkennlichen Familien, die im Juli abgebotenen Unterhaltungsätze wieder etwas zu erhöhen.

Die Tarife, die an sich gehoben würden, sollten aufgedeckt und verfeinert werden.

Um dem Arbeitgeber einen Anreiz zur Einstellung von Arbeitern zu geben, werde das Prämienlohnsystem eingeführt, das dem Arbeitgeber tarifliche Erleichterungen geben würde. An der Inhabungsdauer des Tarifvertrages wolle man jedoch im Grundgesetz festhalten. Trotzdem müsse es dem Schlichter möglich sein, in bestimmten Fällen Abweichungen vorzunehmen zu dürfen. Ein gewisser Mindestlohn soll den Arbeitern erhalten bleiben.

Um die Arbeitgeber zu Neueinstellungen anzuersparen, werde das progressive Lohnsystem gefördert werden, wobei zu bedenken sei, daß nach den Plänen der Reichsregierung die Gesamtlohnsumme nicht nur erhalten, sondern unbedingt höher werden müsse.

Der Tarifgedanke solle gefördert und gepflegt werden, aber es solle auch dafür getrachtet werden, daß das Tariflohn nicht für gehandhabt werde. Die jetzt ablaufenden Tarifverträge sollen erneuert werden, wobei auf die Standortspezifische die Verschiedenartigkeit der jetzt zu einem Tarifsystem zusammengeflohenen Gewerbebezüge usw. Rücksicht genommen werden soll. Auch hier habe der Schlichter die Möglichkeit, gewisse Ausnahmen zuzulassen.

Die Maßnahmen der Regierung werden nur für eine beschränkte Zeit Gültigkeit haben,

vorausichtlich bis zum 31. März 1933, da man sich abwarten will, inwieweit sich die Krise bewähren haben. Auf das psychologische Moment bei der Neueinstellung von Arbeitern — man rechnet mit 1 bis 2 Millionen — wird in Finanzkreisen ebenso großer Wert gelegt, wie auf das finanzielle Moment. Die Wirtshaftung sowohl der Arbeitgeber als auch der Arbeitnehmer ist für den Erfolg der Regierungsschritte jedoch unumgänglich.

Das 400-Mark-Prämienlohn soll auch für die Reichsbahn und die Reichspost Gültigkeit haben.

An der zu erwartenden Verordnung sind Eibehörungen eingeschaltet, die einen Widerspruch bei der Einstellung von Arbeitern gegen Prämienlohn entgegenstellen sollen. Wenn beispielsweise ein Arbeiter nur für einen Monat eingestellt

und dann wieder entlassen wird, erhält der Arbeitgeber leistungsfähig nur ein Zwölftel vom Wert des Prämienlohn.

## Die Steueranrechnungsscheine

Die Schritte der Reichsregierung wollen Anreiz bieten, die Produktionsgüterindustrie zur Beschäftigung zu bringen. Sie will dies auf zweierlei Weise erreichen. Einmal durch Prämierung der Einstellung von Arbeitern, dann durch steuerliche Entlastungen auf dem Gebiete der Produktion, um ihr die Möglichkeit zu geben, liquider zu werden. Es ist in Aussicht genommen, für 12 Monate die neue Einstellung von Arbeitskräften dadurch zu begünstigen, daß für jeden neu eingestellten Arbeiter ein Steueranrechnungsschein, auf den wir gleich zu sprechen kommen werden, von 400 RM pro Jahr gezahlt wird. Diese Zahlung kann ohne Belastung der öffentlichen Hand erfolgen, da sie durch jeden neu eingestellten Arbeiter in höherem Maße noch entlastet wird. Bei der Zahlung fällt wiederum Umlage, Gewerbesteuer, Grund- und Förderungsteuer im Laufe des Jahres 1932 bis 30. September 1933 werden dem Steuerzahler Steueranrechnungsscheine ausgestellt, und zwar bei der Umlagesteuer in der Höhe von 50 v. H. der eingezahlten Steuer, bei der Gewerbesteuer von 40 v. H., bei der Grundsteuer von 25 v. H. und bei der Förderungsteuer von 100 v. H. Ihnen kann in der Höhe von je einem Fünftel in den nächsten fünf Jahren ab 1. Oktober 1934 Steuer gezahlt werden, und zwar sämtliche Arten von Reichssteuern mit Ausnahme der Einkommen- und Körperschaftsteuer. Die Scheine werden mit einem Agio versehen begestellt, daß ein Steuerchein über 100 RM im Jahre 1934 mit 104 RM, 1935 mit 108 RM usw. in Zahlung genommen wird. Man denkt sich den technischen Vorgang so, daß im Jahre 1934 der Einzahler einen neuen, andersartigen Schein im Werte von vier Fünfteln zurückerhält, im nächsten Jahre wiederum einen neuen in einer anderen Farbe im Werte von drei Fünfteln usw. Die Höhe der auf diese Weise ausgegebenen Steueranrechnungsscheine ist auf 1,5 Milliarden RM errechnet worden.

Da für die Prämierung der Neueinstellung von Arbeitern ein Betrag von bis zu 700 Millionen RM in Aussicht genommen ist, ist also insgesamt mit etwa 2,2 Milliarden RM Steueranrechnungsscheinen zu rechnen. Diese sind gewissermaßen als Schuldenaufnahme auf Steuergrundlage zu betrachten. Sie sollen dazu dienen, den Unternehmern die Möglichkeit einer zureichenden Kreditunterlage zu schaffen. Die Reichsbank wird sie als lombardfähig bezeichnen. Die durch die Prämierung der Neueinstellung von Arbeitern geschaffene Erleichterung der Lage der Reichsbevölkerung sei nicht etwa als Schuldenaufnahme auf Steuergrundlage zu geringen Unterhaltungslohn der Arbeitenden zu ersehen.

Die angelegten Maßnahmen auf dem Gebiete der Sozialpolitik werden darin liegen, daß die Schlichter ermächtigt werden, in solchen Fällen, in denen der Nachweis erbracht ist, daß zulässige Arbeit beschafft werden kann, in die Tarifverträge einzugreifen, und die Löhne herabzusetzen. Das Einkommensniveau der Arbeiter soll in jedem Falle bewahrt werden. Um einen Druck auf eine Neueinstellung von Arbeitern auszuüben, wird zunächst bis 31. März nächsten Jahres folgende Regelung vorgehoben: Die Arbeiter erhalten zunächst für die ersten 30 Wochenstunden vollen Tariflohn. Entsprechend einer Mehrleistung von Arbeitern kann der Lohn für die 30 bis 40 Stunden herabgesetzt werden. Wo eine Neueinstellung von 25 Prozent der Arbeiterfamilien vorgenommen ist, kann diese Lohnminderung für die 30

bis 40. Stunde auf 50 Prozent des Tariflohns festgesetzt werden.

Die Steueranrechnungsscheine, die in der Höhe von 100 Prozent auf die vom 1. Oktober 1932 bis 30. September 1933 falligen Beförderungsteuern ausgestellt werden, sollen der Entlastung der Reichsbahn dienen und sind in diesem Zusammenhang ein Teil des Arbeitsbeschäftigungsprogramms.

## Hüter von Papen empfangen

Reichsanstalt von Papen hatte vor seiner Abreise nach Neudorf nochmals eine kurze Besprechung mit Adolf Hitler. Wie es heißt, trug dieser Empfang einen rein gesellschaftlichen Charakter.

## Sicherheit und Gleichberechtigung

Ausführungen Schleichers zum Umbau des Heeres.

Berlin, 31. August

Reichswehrminister von Schleicher veröffentlicht im „Heimatdienst“ bemerkenswerte Ausführungen über Deutschlands Sicherheit und Gleichberechtigung. Er schreibt u. a.:

Zwei Maßstäbe sind es, die eine gerechte Wiedigung des Gesamtlohn der letzten Monate davor den Verhandlungen ermöglichen: Einmal die Frage, was in diesem halben Jahr für die Abrüstung erreicht wurde; jedoch der Gesichtspunkt, ob und inwieweit das Ergebnis dem Grundgedanken der Gleichberechtigung Rechnung trägt.

Entscheidend war den ersten Teil der Entschließung vom 23. Juli 1932 aller schiedlichen Beiräte und inhaftlichen Bedenken, so bleibt das Wunschbild übrig, daß eine wesentliche Herabsetzung der Land-, See- und Luftkräften durchgeführt werden wird, und daß ein wesentlicher Teil der Verminderung der Angriffsmittel ist. Bedeute es dazu des Aufgebots aller Staatsmänner und eines Heeres von Sachverständigen, um in sechs Monaten diese Grundzüge zu finden?

In ihren Abrüstungsvoorhörungen vom 18. Februar 1932 hatte die deutsche Delegation die Abschaffung und Fortsetzung aller Vorkriegsstände ein Verbot für Anwerfen von Kampfmitteln jeder Art aus Luftfahrzeugen sowie für die Vorbereitung und Ausbildung hierzu beantragt. Die Entschließung vom 23. Juli begünstigt sich damit, ein Verbot von Luftangriffen gegen die Zivilbevölkerung in Aussicht zu stellen. Die vollständige Wahrung des Selbstbestimmungsrechts aus der Luft von den Vertragsstaaten einer Eingangs über die zahlenmäßige Begrenzung der Militärflugzeuge und einer Internationalisierung der Zivilflugluft abhängig gemacht.

Hinichtlich der Seerüstungen ist lediglich eine Mahnung an die großen Seemächte zu finden, „sich zu verständigen“, sowie die Aufforderung an die anderen Staaten, sich über den Brand der Regierung ihrer Entscheidungen Gedanken zu machen. Kein Wort über die Abschaffung der U-Boote, der Flugzeugträger, die Ausdehnung der für die deutsche Marine vorgeschriebenen Größen- und Kaliberbeschränkungen auf die anderen Seemächte!

Der erste Abschnitt der Abrüstungskonferenz hat seinen merkwürdigen Fortschritt in der Richtung einer allgemeinen Abrüstung gebracht.

Die Entschließung vom 23. Juli läßt nicht nur die Gleichberechtigung außer Acht, sie zieht vielmehr die Fortbestand unzulässiger Sonderbehandlung einzelner Staaten ab. Die nationale Sicherheit Deutschlands bleibt weiterhin in

# Am Helena

Kennzeichen des Helena

Verlag: 1931 bei Hermanns Verlag, Berlin 20

(13. Fortsetzung)

Die ganze, etwas foveolentische Liebeswürdelicht seines Köhlers war einer sehr harren Hümerfameit gewichen. Edlef sah auch, daß der Minister mit dem Fingergeläuterten einen Blick wechselte, daß alle, alle diese Wärdenträger seine Braut anstarrten und sich an ihrer Erscheinung erfreuten. Ein zufriedenes Sächeln umspielte seine Lippen.

Daß auch Irene Helmerlein wie vergaupert auf sie sah, bemerkte er nicht. Auf der Tribüne oben dachte Matte von Holbin: Donnerwetter!

Er neigte sich ein wenig zu dem hinter ihm sitzenden Bankier.

„Wer ist das?“ flüster er.

„Beate Altheer, Herr Baron.“, misperte Sebus.

„Nun sprach Beate. Ar und alle verständlich hatte ihr schönes Organ über den Pfah.“

Sebus wurde heiß und rot. Was für haarsträubende Reimungen! Mein Gott, hatte sich denn kein Mensch die Mühe genommen, den Text mit Beate Altheer durchzugehen? Sie hielt sich herant an die Reime, daß für Sebus' Gesicht ein vollkommenes Bleich aus seinem netten Berber wurde. Aber es zeigte sich später, daß offenbar nur er ganz allein so gefasht hatte, denn alle Welt begleudwünschte ihn zu dem hübschen Gedicht und der großartigen Sprecherin, die es gefunden hatte.

Als Beate genedt hatte, und als sie nun das Blumenarrangement der Trägerin aus der Hand nahm und es dem Großherzog überreichte, geschah etwas Unvorstellliches: der hohe Herr küßte die sich tief Weineigende äußerlich auf die Stirn.

Das Publikum brach in Jubel aus. Papa Altheer auf der Tribüne bekam nasse Augen. Matte von Holbin dachte: Heil' ich auch gemacht...

Der Rest der Feierlichkeit vollzog sich programmgemäß.

Die ganze Gesellschaft tat nach dem Fürsten die Hammerschläge auf den Grundstein.

An Tholsta und Edlef richtete die Königl. Hoheit einige lausliche Worte. Daß Edlef der Verkörber der schönen Sprecherin sei, mußte die hohe Herrschaft wohl auch er gefasht. So hatte sie für Edlef ein Sächeln und ein Wort mehr als für Tholsta. Nur eine Nuance. Aber beide Männer fühlten sie, der eine mit Trümpfen, der andere mit Bitterkeit.

Zum Schluß hielt der alte Pastor der Stadt eine kurze, in ein Gebet anknüpfende Rede. Dann noch ein aufbrauender, freistauer Männergang und dann ein Wagenrollen und ein Menschenströmen, wie man es in Warschau noch nicht erlebt hatte.

Am Rathaus war schon wieder Badernagel mit seinem Stab von Stabverordneten, um den Landesherrn an der Treppe zu empfangen.

In den Freistäumen war bald ein so starkes Gedränge, daß es sich nur mühsam im schließlichen Kreis um den Landesherrn von ihm zu durchschneiden.

Badernagel mußte es erleben, daß nicht nur Seine Hoheit Beate Altheer zu einem auffallend langen Gespräch heranzog, sondern daß auch alle Herren des Gefolges sich ihr vorstellten ließen.

Beate lächelte alle an und verlor keinen Augenblick ihre vollkommene Sicherheit. Zuert war sie ja innerlich ein bißchen verloren gewesen, aber als diese großen Herren fragten nur so einfache Sachen, Man braucht eigentlich nur ja und nein zu sagen und die Fragen aufzufangen und zu lächeln. Edlef hielt sich möglichst in ihrer Nähe und machte überall durch seine leichte, elegante Art einen vorzüglichen Eindruck. Seine Königl. Hoheit gerühte lohn zu launen: „Ein schönes Menschenpaar, wie für einander prädestiniert.“

Am Pfahsangehörigen des Hauptstaates, gerade vor einem Wandpfeiler, auf dessen hoch unklarem Grund gemalt Schmetterlinge von vollkommen naturwidrigen, aber durch das Alter schon sehr gemilderten Farben sich zu jagen schienen, wurde Georg Altheer angehalten.

„Sie kennen mich nicht mehr? Mit meinem seligen Papa haben Sie doch manchmal Hirsj geschossen und manchen Trunt getan...“

„Ne — so was! Sie sind's doch; Matte von Holbin?“ rief

Altheer. „Das ist nett, Herr Baron, daß Sie sich endlich mal auf Ihre Heimat bequemen!“

„Was heik bequemen? Nun, man will sich doch mal 'n bißchen die Welt angucken. Na und ich halt' mirs immer so vorgenommen: wenn du festunbewählig bist, stütz du dich mal 'n paar Jahre in die Landwirtschaf, erhalte'st du' ohne Altheer anzuknehen. Wilmehr schwebten seine Augen... die Menge hin, die er übertraue.“

„Na, hoffentlich halten wir gute Nachbarschaft!“

„Aber selbstredend! Und wissen Sie was, Altheer: stellen Sie mich mit Ihrem Fräulein Tochter vor!“

„Gern, allein im Augenblick sprach Seine Königl. Hoheit noch mit ihr.“

„Denn nachher...“

„Gemeiß!“

Und nachher, als die Gesellschaft nach der Abfahrt des hohen Herrn noch zusammenblieb, um nun erst recht in einem wahren Freudenrausch alles zu besprechen, was sich ereignet hatte, als der Bürgermeister und Badernagel mit heißen Köpfen vom Bahnhof zurückkehrten, fand der Freiherr denn auch Gelegenheit, an Beate heranzukommen. Gerade war Badernagel in der Nähe, und sich ließ Holbin sich durch diesen vorstellen.

„Schändiges Fräulein haben großartig dekamiert. Ein Organ! Ein Vortrag!“

„Sauben Sie, Herr Baron?“

„Sie waren eine großartige Heroine geworden, haben Sie nie daran gedacht, zum Theater zu gehen?“

Edlef trat herzu. Beate stellte ihn vor.

„Wo — einer von den Herren. Lie uns hier den Sand aus der Stirnlinie buehlen wollen! Hören Sie mal, Herr Stürmer, ich bin gewissermaßen auch Antecessor. Nicht hinter der Stirn her 'ich am Fingerr Fingerdrücken, Gläubig Sie wirklich, daß die nachher als Bauteurain auszubuten wären.“

Edlef sprach, unbedacht. Man sprach eifrig und lange zusammen. Leber hatte den heimlichen Vorjah, bis die n den anderen aufzuehnen. Holbin war der feuchteste Mann zehn Meilen in der Stunde; Edlef nahm sich vor, sein Antimus zu werden.

(Fortsetzung folgt.)

unerschütterlicher Weise gestanden. Die deutsche Regierung hat aus dieser Entwicklung die einzig möglichen Folgerungen gezogen, indem sie die Entschädigung von 23 Juli ablehnte und ihre weitere Mitarbeit in Genuß von der vorherigen zweifelsfreien Ausräumung des Grundlages der Gleichberechtigung abhängig machte.

In Uebereinstimmung mit familiären Mitgliedern der Reichsregierung habe ich meine Bedenken gegen die Ansicht, daß ein Umbau der deutschen Wehrmacht notwendig wird, falls die Siegermächte die Einlösung ihres Abtrünnungsvertrages weiterhin verweigern.

Ich brauche hier den unerbittlichen Friedenswillen Deutschlands nicht zu betonen. Der beste Garant eines dauernden Friedens aber ist ein deutsches Volk, dessen Souveränität nicht durch entwürdigende Sonderbestimmungen beeinträchtigt ist, das das seine ursprüngliche Funktion für die Sicherheit seiner Bewohner zu sorgen, auch wirklich erfüllen kann.

Was aber den Umbau der Reichswehr anlangt, so hängt das Ausmaß einer Umorganisation in erster Linie vom Grad des Abtrünnungswillens der hochgerüsteten Staaten ab. Deutschland bekennt sich für seine Sicherheit nicht mehr und nicht weniger, als die anderen Mächte für ihre herbe.

13 Jahre und seit Gründung des Völkerbundes und seit dem Abschluß der Friedensverträge vergangen, während der Artikel 8 der Völkerbundsstatuten für die regelmäßige Nachprüfung und Berichtigung der Abrüstungspläne ein Höchstmaß von 10 Jahren setzt. Deshalb hat Deutschland seine Gleichberechtigungsgesundung sehr nachdrücklich angemeldet als Vorstufe für den nationalen Verteidigungslind. Sie besteht hier ebenso auf die grundsätzliche Frage der Wehrverfassung wie auf die sogenannten Angriffswaffen, die bei den Sachverständigenberatungen in Genuß sich plötzlich in Verteidigungsmittel verminderten. Wenn U-Boote, Flugzeugträger, Kriegsschiffe, schwere Geschütze und Kampfwagen nur Mittel für die nationale Verteidigung sind, so kann man diese Waffen Deutschland nicht vorenthalten.

Wenn andere Staaten ihre Landesgrenzen mit Wällen aus Eisen und Beton besetzen, mit welchem Recht will man diesen Schutz Deutschland verweigern?

Das ist in kurzen Umrissen der Inhalt der deutschen Forderung nach gleichem Recht in der Wehrfrage und nach Wiedergewinnung der nationalen Sicherheit. Die Lösung dieser Frage wird und muß in der nächsten Zukunft gefunden werden.

## Am die Rechtskraft eines Urteils

Der Tod des Amtsgerichtsrats Dr. Wibel.

Hamburg, 31. August

Dr. Wibel hatte keine eigenen Freunde und Angehörigen — die im Galmette-Prozess angeklagten Verzele — mit schweren Strafen belegen müßten. Die Urteilserkundung brachte bereits eine schwere leibliche Erschütterung mit sich. Später wurde dann Dr. Wibel in schwerer Weise angegriffen, man behauptete, daß er bereits während des Prozesses geistig nicht gesund gewesen sei. Eine hohe Wibel'sche Gerichtspräsidentin äußerte sich hierzu: „Es wurde auch behauptet, daß Galmette-Urteil nicht in Kraft getreten sei. Demgegenüber kann festgestellt werden, daß das Urteil an sich rechtskräftig ist. Der Galmette-Prozess schwand in der Revisionsinstanz, die in Leipzig vor sich gehen wird. Der Freitod selbst kann das förmliche Verfahren nicht befehlen. Wann die Revision vor sich gehen wird, ist aber noch nicht zu übersehen.“

Es wird von Seiten der Anwälte der jetzt vertretlichen Angelegenheit versucht werden, jetzt mehr denn je den Beweis zu führen, daß die geistige Erkrankung bereits während des Prozesses vorlag, wodurch das Urteil ungültig würde, so daß der Prozeß mit allem Beweismaterial noch einmal aufzurollen werden müßte. Die Richter allerdings, die vor und während des Prozesses mit Dr. Wibel zusammenarbeiteten, haben keinen Zweifel, daß er bei jeder Gelegenheit den Prozeß leitete, bis dann nachher der Nervenzusammenbruch kam.“

## Der Roman der Anna Steube

Die Unterdrückungen der Postaffizisten vor Gericht.

Traunftein, 31. August

Vor der Großen Ferienkammer des Landgerichts Traunftein begann der Prozeß gegen die Postaffizisten Anna Steube und den Postmeister Josef Ammler wegen gemeinsamer Amtsunterschlagung und privater Urkundenfälschung.

# Anna Helena

Roman von Ida Weges

Copyright 1922 by Romanverlag Leipzig

(14. Fortsetzung.)

Das Weib ist nahebei nach Kärnten, dachte Helmi. Ein Glück, daß sie verlobt ist. Da hält 'n an sonst leidet 'n Dummheit gemacht. Aber so ist doch e i n nettes Haus in Sicht zum Verlober. Er ist auch ganz famos, Weltmann, Süßhörer erst. Und offenbar gar nicht eifersüchtig!

Nein, Edel war nicht eifersüchtig. Daß dieser Tag seine Braut so auf den Schild gehoben, ihre Schönheit zum allgemeinen Gespräch gemacht hatte, darauf ist ihm geradezu. Es war, als sei das sein Triumph.

Daß all dies Beate den Kopf verdrehen könnte, fürchtete er auch nicht. Sie war sehr von ihrer Schönheit überzeugt, aber die Art ihrer Eitelkeit war ihm gerade recht. Sie würde sicher immer danach trachten, bewundert zu werden.

Thaffilo stand gequält und nervös unter den Menschen. Die ganze Komödie war ihm überflüssig. Schon zweimal hatte Arne Hjelmmerien ihn zurückhalten müssen, weil er fort wollte. Nun standen sie in einer Fernenstimmung und sahen in das feilliche Gemäch.

Wie häufig es eigentlich war! Solche erbliche Geschlechter, diese feilhaftesten Wesen, die geschäftlichen Augen brauchen das milde Kampenlicht. Der Tageshimmel ließ die Feilhaftigkeit so brutal erscheinen. So aufgebläht.

„Das war eine Komödie heute, wie man sie selten sieht.“ Sprach Arne Hjelmmerien leise. „Halt du's bemerkt? Beate Witheer war die erste Helmi und Liebhaberin darin. Raum hielt es sich nach in den Armen des Fatters, wie sie in den Vordergrund gezogen war.“

Thaffilo schwieg.

„Warum hast du mir nichts davon erzählt, daß Edel's Braut so pomphaft schon ist?“ fragte Arne Hjelmmerien.

„Was konnte es dich interessieren?“

Der Normeger versagte mit seinem kalten, kühlen Blick immer Beate, die im Augenblick, von Malte, Helmi begleitet, hinterher Edel, durch die Menge sich einen Weg bahnte.

Die Anklageschrift legt Anna Steube und dem Josef Ammler vor. In der Mitte, die einen rechtsdienlichen Vermögensversteher zu verhaften, amtliche Geber unterliegen und in der Folge Bücher, Belege und Urkunden gefällig zu haben. Die Anklage schildert das Zusammenreffen Ammlers mit der Anna Steube in Jandelsbrunn, deren Verlegung nach Wallerberg II Bahnhofs und geht dann auf die Verurteilung im Jahr 1923 an. Das letztere Geber der Anna Steube und die „Rechtsbeugung“ Ammlers, die neben außerordentlichen Zuwendungen lesen und insgesamt einen Betrag von 70 000 RM zu seinen Lasten ergaben, trieben zur Fortsetzung der Unterdrückungen. Die für den 30. Januar 1932 angeordnete Einlieferung eines Bezirksaufsichters beantragt der Oberprokurator Gendebat brachte den Ziel ins Rollen. Am 28. Januar über Anna Steube unter Mitnahme mehrerer Tausend Mark amtlicher Gelder nach Wallerberg, wo sie nach vereinbarten Absprachen Joseph Ammler traf und mit ihm über Eisenstein nach der Tschepolowka flüchtete. Dort wurden sie im Bereich des Kreisgerichts Brunn festgenommen und am 21. Februar ins Landgerichtsfestgefängnis Traunftein eingeliefert.

## Die Landkreise an die Reichsregierung.

Unzureichende Entlastung durch die letzte Notverordnung.

Der Präsident des Deutschen Landkreistages, Dr. von Stempel, wurde heute bei der Reichsregierung vorstellig, um über die Auswirkungen der letzten Notverordnung in den Landkreisen hinzuweisen. Er betonte dabei die Gefahren, die für die Finanzen der Landkreise dadurch entstehen, daß die Notverordnung nicht die Entlastung gebracht habe, die man von ihr erhoffte.

Entgegen der in der Öffentlichkeit und auch in den maßgebenden Regierungskreisen vertretenen Auffassung, daß die Wohlfahrtshilfeverordnung vom 14. Juni 1932 den Landkreisen den Ausgleich ihrer Haushalte in nemenswertem Umfang ermöglicht habe, muß der Landkreistag an Hand zahlreicher Berichte aus allen Teilen Deutschlands feststellen, daß die Finanzentlastung der ländlichen Bezirksfürsorgeverbände durch die Juni-Notverordnung völlig unzureichend ist. Die durch die Wohlfahrtshilfeverordnung besonders hart belasteten Landkreise bedürfen dringend weiterer Hilfe. Darüber hinaus muß durch Erhöhung der Reichsmittel und Verringerung der Verteilungsschritte denjenigen Landkreisen geholfen werden, die — wie z. B. in Preußen durch die Hebertragung des Gemeindeanteils an die Kreisfürsorge — entgegen den Absichten der Reichsregierung eine erhöhte, über die Reichsstatuten hinausgehende, neue finanzielle Belastung erfahren haben. Hinzu kommt, daß die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen in den Landkreisen, und zwar auch in rein ländlichen Gebieten selbst in den Sommermonaten, in denen man mit Rücksicht auf die Entlastungen einen Rückgang der unterstufen Zahl erhofft hatte, weiter stark zugenommen hat.

Raubüberfall aufgefährt. Der froche Raubüberfall, der in der Gegend von Büttgen im Winter von 20 bis 25 Jahren her beständig vor sich abspielte, wurde nun, hat überraschend schnell seine Wurzeln gefunden. Noch in der Nacht wurde die Polizei durch die Mitteilung eines Gymnasialisten auf die Spur der Täter gebracht. Der Gymnasialist erinnerte sich, als er von dem Raubüberfall Kenntnis erhielt, an ein mit vier Bürgern im Winter von 20 bis 25 Jahren her gelegtes Auto, das in die Richtung zum Tator gefahren war. Von den vier Anwesenden kannte er zwei, deren Namen und Wohnort er der Polizei angab. Alle vier Täter konnten daraufhin festgenommen werden. Sämtliche Verbrecher wohnen in der Nähe des Tatortes. Es handelt sich um einen Lechniker, einen Architekt, einen Metallarbeiter und einen Kraftwagenführer. Die Festnahme erfolgte bei allen Bürgern ohne Widerstand. Geld wurde vorerst noch nicht gefunden.

Krawall um einen Stierkampf. In der iberischen Stadt Almagro sollte ein großer Stierkampf stattfinden, doch da nicht genügend Geld eingekassiert war, um die Matadore bezahlen zu können, entloß der Zamparato, und die Toreros präsentierten sich nicht. Das wütende Publikum erschlug alle Holzstämme und Säulen und schürte ein großes Feuer in der Arena. Das teilweise die Holzbarriere des Zuschauerraumes in Brand setzte und eine wilde Panik verursachte. Zuletzt öffneten einige unbefugte wilde Besucher die Stiergatter, so daß die adig Kampfstiere teils in die Arena, teils ins Freie liefen.



Hilfer nimmt den Abgeordneten den Treu-Eid ab.

## Gau Mitteloberrhein des Reichserblandes für deutsche Jugendherbergen.

In Duderstadt im Eichsfeld hielt der Gau Mitteloberrhein des Reichserblandes für deutsche Jugendherbergen seine Jahreshauptversammlung ab. Aus der Weidertatung ging hervor, daß der Gau unter der schweren wirtschaftlichen Not der Zeit noch zu leben hat und manche seiner Aufgaben und Pläne durchzuführen mußte. Als Ganzes genommen hat man aber unter Aufbietung aller Kräfte und Durchführung solcher Sperrmaßnahmen, die nicht das Wert selbst gefährden, beträchtliches geleistet. Mehrere Jugendherbergen konnten in Ausstattung verbessert und erweitert werden. Auch die Kassenlage des Gaus ist in Anbetracht der Verhältnisse recht günstig. Für 1933 find für das Jugendwandern mehrere Erläuterungen vorgesehen. Es soll sogar verhandelt werden, die Altersgrenze von bisher 20 auf 25 Jahre heraufzusetzen; doch ist hier eine letzte Entscheidung des Reichserblandes noch nicht gefallen. Weitergeleitet entgegenkommen will man im neuen Jahre den erworblichen älteren Wandernern bis 25 Jahre durch Gewährung eines Ausweises zu halber Preise. Das Betreuungsgelb des Gaus ist in der Satz mit seinem jüdischen und nördlichen Vorlande. Um dieses jüdische Vorland mehr zu erschließen und Wanderungen dorthin zu lenken, war die Tagung nach Duderstadt, dieser altertümlichen 1000jährigen Stadt mit der Fülle vieler alter, schöner Fachwerkhäuser geleitet worden. Eine vorläufig primitive Jugendherberge soll dort in allen Teilen verbessert werden. Eine Autokolonie brachte die Teilnehmer nach Seeburg am See, mit seiner schönen Jugendherberge und vortrefflich eingerichteten Bad, weiter zur Hahnenquelle, der größten Quelle Deutschlands, die in jeder Stunde 5800 Liter Wasser liefert, und weiter nach Schwarzfeld am Satz. — Die Geschäftsstelle in Weifenfels, Brahmamstr. 26, ist gern bereit, Vorschläge über mehrjährige Wanderungen in den in jeder Hinsicht lohnenden schönen Eichsfeld zu machen, damit dieser Landtrieb, wie es der Wunsch der Gausleitung des Mitteloberrheins ist, mehr als bisher besucht wird.

## Neue Bücher und Zeitschriften.

Esen ist das Septemberheft der Zeitschrift „Das Magazin“ erschienen. „Du bist wie eine Blume“, „Almanach der Spezialitäten“, „Studien unter Tod“, „Auf Schlangenfang“, „Männer, die uns lachen machen“, „Wenn Ihre Ihren Namen ändern“ betrieht sich die bibliographische Zeitschrift, die teils photographisch, teils zeichnerisch illustriert sind. Eine kleine Zeitschrift, „Der Brief der Briefsteller“, eine große Anzahl hervorragender Photographien, bunte Bildbelegungen, Portraits international bekannter Künstler, Romane von Dreobro, Olfen Dimon, Wabean, der Schluß der Serie „Ich werde Aigunee“, und eine sehr interessante Studie aus dem Leben Maritimes „Zwei Girls“ geben reichlichen Lesestoff. Wer jedoch eine richtige Vorstellung von dem Inhalt dieses Heftes und seiner Briefsteller haben will, widme ihm eine Aufmerksamkeits. Er wird es nicht bereuen.

„Das ist so ein Weib, das man erst haben und hernach prüfen möchte.“ „Arne“ rief der andere ausdauernd, „was untersteht du dich zu sagen!“

„Ach ja, Pardon, es ist meines Beters Braut!“ Er griff mit den Händen hinter sich nach der Kante der Fensterbank, gegen die er sich lehnte, „Aber mir fiel bei ihrem Anblick so deutlich Zulla ein — ich erahnte ihr doch mal von ihr? Die hatte was von dieser Beate. Gerade keine direkte Ähnlichkeit, aber doch so gewisses Etwas. Ich mußte nachher nicht, wie ich mich an ihr rächen sollte, weil ich auf ihre Schönheit hineingefallen war.“

„Ich muß dich ernstlich ermahnen, vor Beate Witheer Halt zu machen mit Vergleichen und Kritiken. Sie ist so rein und weiblich, als sie schon ist.“

Arne Hjelmmerien richtete sich langsam aus seiner faulen Stellung auf und sah dem Freund durchdringend in das entzückte Gesicht. Die heitere Stimme, der Blick, der ihn vernied — Er war ganz wachsam, ganz Beobachtung.

Thaffilo fühlte diese Beobachtung. Er griff nach der Hand des anderen, presste sie heftig und murmelte: „Laß mich! Schmeiß!“

Und dann: „Ich gehe. Es ist genug!“

Arne Hjelmmerien stand und ließ den Freund sich fortzudrängen. Er stand unbeweglich, den Blick zu Boden geheftet, die Arme über den Kopf geschlagen.

So fand Edel ihn, als er vorbeikam.

„Nanu, Hjelmmerien! So in bedeutende Gedanken verfunten? Ich will Sie meiner Braut vorstellen, kommen Sie...“

Ein jähes Gefühl des Unbehagens kam über ihn, als der Normeger ihm nun an sah. Der Mann hatte eine wahrhaft fälsche Art, die Leute anzusehen — einen Blick wie ein — eine unerschütterliche Feilhaftigkeit darin. Da war es faun angebracht, sozial zu verhalten. Man ganz veränderten Ton, etwas sehr hochfahrend, stellte Edel dann vor: „Arne Hjelmmerien, unser Mitarbeiter sozusagen — Fräulein Witheer — Baron von Holbin.“

„Sag die Firma des Teilhabers?“ fragte Malte von Holbin.

„O nein, bemerke Edel.“

„Ich bin von Herrn Thaffilo Eigentümer verpflichtet worden, den Bau des Landhauses zu leisten“, sagte Hjelmmerien rasch, stieraus schloß Beate, daß Hjelmmerien nur die Stellung

(Fortsetzung folgt.)

# Nebräer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im NSD“ und „Das Leben im Dorf“  
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.- RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM.

Schrittleitung: i. B. R. Sauer in Köhleben.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Köhleben.  
Geschäftsstelle in Nebra: Kaufmann Hugo Wögling (vorm. Wm. Weh), Markt 34/35  
Fernsprecher: Amt Köhleben Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen lohnen: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten: Stadtpostkasse Nebra — Bankverein Nebra.

Nr 105

Donnerstag, den 1. September 1932.

45. Jahrgang

## Hindenburgs Zustimmung

Der Vortrag des Kanzlers beim Reichspräsidenten.  
Neubred, 31. August.

Ämtlich wird mitgeteilt:  
Reichspräsident von Hindenburg empfing den Reichsanstler von Wapen, den Reichsminister des Innern Schr. von Gant und den Reichswehrminister von Scheider zum gemeinsamen Vortrag über die schwebenden Fragen der Innenpolitik, insbesondere das Wirtschaftsprüfungprogramm der Reichsregierung. Der Herr Reichspräsident erteilte seine Zustimmung zu den von der Reichsregierung geplanten, vom Reichsanstler in seiner Rede in München in den Grundzügen bekanntgegebenen wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen. Der Reichspräsident erlaubte den Reichsanstler, bei der Ausarbeitung der einzelnen Bestimmungen insbesondere darauf zu achten, daß die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft gefördert und der soziale Gebante gewahrt bleibe. Die eingehende Besprechung der innerpolitischen Lage ergab völlige Uebereinstimmung zwischen dem Herrn Reichspräsidenten und der Reichsregierung.

## Deutscher Reichstag Abg. Göring Reichstagspräsident

Berlin, 31. August.

Zur Eröffnungssitzung des Reichstags sind die Tribunen schon einige Zeit vorher überfüllt. Auch das Haus selbst ist nach dem geschlossenen Einmarsch der nationalsozialistischen Fraktion in SA- und SS-Uniform ebenfalls dicht besetzt. Die Abgeordneten sind fast vollständig erschienen. Nur die Mitglieder der deutschen nationalen Fraktion bleiben der Sitzung aus.

Geführt von zwei Parteifreundinnen wird die Alterspräsidentin.

## Frau Zetkin

Die jüngste bei der Fraktion Platz genommen hatte, von dort aus zum Präsidentenstuhl geleitet, auf dem sie Platz nimmt. Frau Zetkin stellt fest, daß sie am 3. Juli 1887 geboren, das älteste Mitglied des neuwählten Reichstages ist, als das sie nach der Geschäftsordnung die erste Sitzung zu leiten habe. Sie beruft darauf zu vorläufigen Schriftführern die Abgeordneten Frau Yagus (Soz.), Raudy-Winschen (Bayer. Volksp.), Schwarz-Frankfurt a. M. (Ztr.) und Torgler (Komm.).

Nach der Ablesung des vorläufigen Büros führt Frau Zetkin in ihrer Ansprache fort. Der Reichstag sei in einer Situation zusammengesetzt, in der die Kräfte des zusammenbrechenden Kapitalismus große Schäden des verfallenen Volkes in der fürchterlichen Weise bringe. Die politische Macht in Deutschland habe ein Präzedenzfall in sich gesehen unter Ausschaltung des Reichstages. Auch dieses Kabinett arbeite mit Anordnungen im ureigensten Sinne des Wortes, denn es verdränge das Volk und feiere die Ereignisse der letzten Zeit die volle Verantwortung, besonders auch für die Aufhebung des Unformvertrags, für die nationalsozialistischen Sturmabteilungen und für die offene Förderung der schicksaligen Bürgerkriegsdrohungen. In diesem Zusammenhang spricht Frau Zetkin von schicksaligen Werten. Sie erklärt weiter, die Demagogie des Reichstages und die Unmacht des Präzedenzfallkabinetts seien der Ausdruck des Verfalls des bürgerlichen Liberalismus, und mendeht sich auch gegen die Tolerierungspolitik der „reformistischen Sozialdemokratie“. Der Kampf gelte vor allem dem Faschismus, der vernichtet werden müsse. Die proletarischen Massen würden Gewalt mit Gewalt zurückschlagen. Ihr Ziel sei der Sturz des bürgerlichen Staates und seiner Grundlagen, der kapitalistischen Wirtschaft.

Frau Zetkin vermochte die weiteren Ausführungen nur mit großer Anstrengung und unter mehrfachen größeren Pausen unter dem Beifall des Abg. Torgler vorzubringen. Sie feierte die russische Revolution, wie überhaupt das System der Sowjetunion, die als Regierung des schaffenden Volkes allein imstande sei, den Kapitalismus niederzuwerfen. Frau Zetkin schloß ihre fast einstündige Ansprache mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß sie als Alterspräsidentin nach dem ersten Rätekongreß im Sowjet-Deutschland eröffnen könne.

Die Ansprache wurde vom Reichstag mit eifrigem Schweigen angehört. Nur von den Kommunisten erhuben sich hin und wieder Bravo-Rufe, sie nahmen die Ausführungen von Frau Zetkin am Schluß mit Handclatschen auf.

Darauf erfolgte der Namensaufruf durch die Schriftführer, der längere Zeit in Anspruch nimmt.

Dieser Namensaufruf, zu dem auch die deutschen nationalen Abgeordneten wieder den Saal betreten, hat das Ergebnis, daß 587 Abgeordnete anwesend sind, der Reichstag also beschlußfähig ist.

Nach Vertagung von 14 dem Reichstag in der Zwischenzeit zugegangenen Vorträgen der Reichsregierung über Abordnungen usw. beschließt das Haus entsprechend den Vorträgen der Kommunisten und der Nationalsozialisten die Freilassung zweier in Haft genommener Abgeordneter der KPD und der NSDAP, zu beantragen.

Die Alterspräsidentin erklärt dann, daß nach Feststellung der Beschlußfähigkeit des Hauses die

## Wahl des Präsidenten

und seiner drei Stellvertreter zu erfolgen hat.  
Zur Wahl des Präsidenten schloß Abg. Dr. Fried (Natzog), den Abg. Göring (Natzog), vor, während Abg. Radel (Komm.) den Abg. Torgler (Komm.) in Vorschlag bringt. Abg. Dittmann (Soz.) teilt mit, daß keine Fraktion für den bisherigen Präsidenten, Abg. Ede, stimmen wird.

Für die Wahl des Abg. Göring zum Präsidenten stimmen mit den Nationalsozialisten im wesentlichen das Zentrum, die Deutschnationalen, die Bayerische Volkspartei und die Deutsche Volkspartei.

Am Auftrage der Alterspräsidentin teilt Abg. Torgler (Komm.) als Ergebnis der Abstimmung mit, daß 587 Stimmen abgegeben worden sind, von denen 583 gültig waren. Es erhielten der Abg. Göring (Nat.-Soz.) 367, Abg. Ede (Soz.) 135, Abg. Torgler (Komm.) 80 und Abg. Eißig (Nat.-Soz.) 1 Stimme. Das Abstimmungsergebnis wurde von den Nationalsozialisten mit förmlichen Bravo-Rufen und Handclatschen aufgenommen.

## Eifer Erster Vizepräsident

Nach der Entscheidung über die Neuwahl des Präsidenten nahm Reichstagspräsident Göring unter den heilkräftigen der Nationalsozialisten den Platz des Präsidenten ein und dankt mit dem Hochgefühl für die Kundgebung seiner Fraktion, die die Ansprache stehend anbrachte.

Präsident Göring erklärte, er werde sein Amt unparteiisch, gerecht und nach der bestmöglichen Geschäftsordnung ausüben, für die Ordnung und Würde des Hauses sorgen, er lasse aber keinen Zweifel, daß er ebensovornig die Würde und Ehre des deutschen Volkes ansetzen lassen werde.

Nachdem Präsident Göring noch die Abgeordneten Kaufmann und Winner (Natzog), Frau Leusch (Ztr.) und Laverenz (Dnat.) zu Schriftführern berufen hatte, wurde die Wahl des Präzidenziums fortgesetzt.

Bei der Wahl des Ersten Vizepräsidenten erhielt von 588 abgegebenen gültigen Stimmen der von den Nationalsozialisten vorgeschlagene Zentrumsvizepräsident Eifer 276 Stimmen, der bisherige Reichstagspräsident Ede 214 Stimmen der Abgeordnete Torgler 77 Stimmen und die Abgeordnete Zetkin eine Stimme. Da keiner der Abgeordneten die absolute Mehrheit von 294 Stimmen erreicht hatte, mußte Stichwahl zwischen den Abgeordneten Eifer und Ede stattfinden.

In der Stichwahl wurde Abg. Eifer mit 464 Stimmen gegen 138 Stimmen, die für Ede abgegeben worden waren zum Ersten Vizepräsidenten gewählt. 78 Stimmen für den Kommunisten Torgler waren ungültig.

Zum Zweiten Vizepräsidenten wurde mit 335 Stimmen der deutschnationale Abgeordnete Graef-Hüring gewählt. Von den Gegenkandidaten hatten Ede 139 und Torgler 78 Stimmen erhalten.

Dritter Vizepräsident wurde mit 350 Stimmen Abg. Raud von der Bayerischen Volkspartei.

Es folgte die Wahl der zwölf Schriftführer. Dann wurden die Mitglieder des Ausschusses für Wahrung der Rechte der Volksvertretung und des Auswärtigen Ausschusses benannt.

Präsident Göring hat darauf das Haus am die Ermächtigung, dem Reichspräsidenten gegenüber in einem Telegramm die Bitte auszusprechen, das Präzidenzium des Reichstags unverzüglich zu empfangen. Widerspruch erhob sich nicht.

Präsident Göring erklärte weiter: In den letzten Tagen häufen sich in der Presse die Nachrichten über eine beabsichtigte Ausschaltung des Reichstags, da er über keine arbeitsfähige Mehrheit verfügen soll. Ich stelle fest, daß die heutige Sitzung sowie vor allem die Wahl des Präzidenziums erwiesen hat, daß der neue Reichstag über eine große, arbeitsfähige nationale Mehrheit verfügt. Ich bin überzeugt, daß der Reichstag, wenn alle wertvollen Kräfte zusammenwirken, die schweren Aufgaben erfüllen wird, die feiner harrten.

Der Präsident bot, ihm zu ermächtigen, Tag und Stunde der nächsten Sitzung sowie deren Tagesordnung festzusetzen. Demgegenüber beantragt Abg. Torgler (Komm.), die nächste Sitzung auf morgen mittag anzuverraumen. Der Reichstag erteilt dem Präsidenten die gewünschte Ermächtigung.

Präsident Göring gedachte dann des Unterganges des Schicksaligen „Nobis“ und der 60 Soldaten, die für ihr Volk und Vaterland gefallen seien. Dann wurde die Sitzung geschlossen.

## Preussischer Landtag Vertagung auf 21. September

Sitzung des Verlesterm.s.

Der Verlesterm.s. des Preussischen Landtags beschloß nach längerer Ansprache, nach Abschluß der Landtagsagung vom Dienstag, in der nur die Einlegung des Reichstommiffars und die damit verbundenen Einträge besprochen werden sollen, den Landtag bis zum 21. September zu vertagen. Die Festlegung der Tagesordnung dieser Sitzung ist dem Präsidenten vorbehalten worden. Ein Termin für die Wahl des preussischen Ministerpräsidenten wurde nicht festgelegt. Die auf der Tagesordnung stehende Ansprache über die politischen Terrorakte in den verschiedenen Gegenden Preussens wurde abgelehnt.

Präsident Kerl teilte noch mit, daß er beabsichtige, in einer Protesterklärung gegen das letzte Schreiben des stellvertretenden Reichstommiffars Dr. Brauch Stellung zu nehmen, wonach die kommunistische Regierung dem Landtag nicht verantwortlich und an seine Beschlüsse nicht gebunden sei.

Von Zentrumseite wurde angeregt, einen Vertreter der früheren Staatsregierung, also des Kabinetts Braun, Gelegenheit zur Abgabe einer Erklärung im Landtag zu geben. Es wurde vereinbart, daß ein Mitglied der früheren Staatsregierung in seiner Abgeordneten-Eigenschaft vor Eintritt in die Tagesordnung eine Erklärung abgeben solle. Die Beschlüsse zur Tagesordnung und auf Vertagung des Landtages wurden mit den Stimmen des Zentrums und der Nationalsozialisten gefaßt.

## Die Plenarsitzung

Die Sitzung des Preussischen Landtags die auf 1 Uhr anberaumt war, wurde, da die Beratungen des Verlesterm.s. sich länger als erwartet auszudehnten, auf 2 Uhr verschoben. Das Haus war stark besetzt, die Tribünen waren überfüllt. Die Regierungsbank war leer.

Präsident Kerl eröffnete die Sitzung und widmete, während die Abgeordneten sich von ihren Plätzen erhoben, den „Nobis“-Opfern einen Nachruf.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erteilte er dem Abgeordneten Dr. Sirtfiese das Wort, der für die frühere preussische Staatsregierung Braun eine Erklärung abgab. Der Redner betonte, die Staatsregierung habe sich für verpflichtet, die preussische Volkserziehung über die Vorgänge des 20. Juli und der folgenden Tage sachlich zu unterrichten und Auskunft über die Haltung der Staatsminister zu geben. Er gab eine historische Schilderung der Vorgänge und erklärte u. a. die preussischen Minister seien mit Rücksicht auf die allgemeine Notlage des Landes von einer tatsächlichen Ausübung ihrer Befugnisse als verantwortungsbehaftete Männer reichlich ab, denn diese Ausübung wäre nur in gesamtlicher Auseinandersetzung mit der gesamtlich vorstehenden Reichsregierung möglich gewesen. Dies hätte folgerichtig zu einer Auseinandersetzung zwischen Polizei und Militär und ebenso zwischen den parteiunabhängigen Volkstribunen, also zu furchtbarem Bürgerkrieg, zu einer völligen Zerrüttung des Landes und wahrscheinlich zum Auseinanderfall des Reiches geführt. Die Staatsminister ließen angelegentlich der ihnen angedrohten Gewalt den Ausschluß von den laufenden Notfortschritten in engerem Sinne unter Rechteverwahrung vorläufig weiter geschehen, bezielten sich aber dabei ausdrücklich insbesondere die Befugnisse vor, die ihnen als Minister gegenüber dem Landtag und dem Reichstag zuständen. In der Erklärung wird dann besonders noch bemerkt, daß die Reichsregierung für ihr Vorgehen gegen die preussische Staatsregierung eine schicksalhafte Erklärung nicht habe abgegeben. Die Vorwürfe, die die Reichsregierung erheben, seien in tatsächlicher Hinsicht völlig unrichtig. Dies hätten die Staatsminister in ihren Schriftsätzen vor dem Staatsgerichtshof mit erdrückendem Material dargelegt.

Wieder am Letztverlesterm.s. beabsichtigte Proteste wäre die Reichsregierung nicht befeht gewesen, so gegen Preußen vorzugehen, denn dazu ohne vorherige Auseinandersetzung keine Möglichkeit. Die Abfertigung mit der der Präsidenten sich befleißigt, daß die Reichsregierung nicht befeht gewesen, so gegen Preußen vorzugehen, denn dazu ohne vorherige Auseinandersetzung keine Möglichkeit. Die Abfertigung mit der der Präsidenten sich befleißigt, daß die Reichsregierung nicht befeht gewesen, so gegen Preußen vorzugehen, denn dazu ohne vorherige Auseinandersetzung keine Möglichkeit.

Die Abfertigung mit der der Präsidenten sich befleißigt, daß die Reichsregierung nicht befeht gewesen, so gegen Preußen vorzugehen, denn dazu ohne vorherige Auseinandersetzung keine Möglichkeit. Die Abfertigung mit der der Präsidenten sich befleißigt, daß die Reichsregierung nicht befeht gewesen, so gegen Preußen vorzugehen, denn dazu ohne vorherige Auseinandersetzung keine Möglichkeit.

Die Abfertigung mit der der Präsidenten sich befleißigt, daß die Reichsregierung nicht befeht gewesen, so gegen Preußen vorzugehen, denn dazu ohne vorherige Auseinandersetzung keine Möglichkeit. Die Abfertigung mit der der Präsidenten sich befleißigt, daß die Reichsregierung nicht befeht gewesen, so gegen Preußen vorzugehen, denn dazu ohne vorherige Auseinandersetzung keine Möglichkeit.

Die Abfertigung mit der der Präsidenten sich befleißigt, daß die Reichsregierung nicht befeht gewesen, so gegen Preußen vorzugehen, denn dazu ohne vorherige Auseinandersetzung keine Möglichkeit. Die Abfertigung mit der der Präsidenten sich befleißigt, daß die Reichsregierung nicht befeht gewesen, so gegen Preußen vorzugehen, denn dazu ohne vorherige Auseinandersetzung keine Möglichkeit.

Die Abfertigung mit der der Präsidenten sich befleißigt, daß die Reichsregierung nicht befeht gewesen, so gegen Preußen vorzugehen, denn dazu ohne vorherige Auseinandersetzung keine Möglichkeit. Die Abfertigung mit der der Präsidenten sich befleißigt, daß die Reichsregierung nicht befeht gewesen, so gegen Preußen vorzugehen, denn dazu ohne vorherige Auseinandersetzung keine Möglichkeit.

Die Abfertigung mit der der Präsidenten sich befleißigt, daß die Reichsregierung nicht befeht gewesen, so gegen Preußen vorzugehen, denn dazu ohne vorherige Auseinandersetzung keine Möglichkeit. Die Abfertigung mit der der Präsidenten sich befleißigt, daß die Reichsregierung nicht befeht gewesen, so gegen Preußen vorzugehen, denn dazu ohne vorherige Auseinandersetzung keine Möglichkeit.

Die Abfertigung mit der der Präsidenten sich befleißigt, daß die Reichsregierung nicht befeht gewesen, so gegen Preußen vorzugehen, denn dazu ohne vorherige Auseinandersetzung keine Möglichkeit. Die Abfertigung mit der der Präsidenten sich befleißigt, daß die Reichsregierung nicht befeht gewesen, so gegen Preußen vorzugehen, denn dazu ohne vorherige Auseinandersetzung keine Möglichkeit.

Die Abfertigung mit der der Präsidenten sich befleißigt, daß die Reichsregierung nicht befeht gewesen, so gegen Preußen vorzugehen, denn dazu ohne vorherige Auseinandersetzung keine Möglichkeit. Die Abfertigung mit der der Präsidenten sich befleißigt, daß die Reichsregierung nicht befeht gewesen, so gegen Preußen vorzugehen, denn dazu ohne vorherige Auseinandersetzung keine Möglichkeit.

Die Abfertigung mit der der Präsidenten sich befleißigt, daß die Reichsregierung nicht befeht gewesen, so gegen Preußen vorzugehen, denn dazu ohne vorherige Auseinandersetzung keine Möglichkeit. Die Abfertigung mit der der Präsidenten sich befleißigt, daß die Reichsregierung nicht befeht gewesen, so gegen Preußen vorzugehen, denn dazu ohne vorherige Auseinandersetzung keine Möglichkeit.

Die Abfertigung mit der der Präsidenten sich befleißigt, daß die Reichsregierung nicht befeht gewesen, so gegen Preußen vorzugehen, denn dazu ohne vorherige Auseinandersetzung keine Möglichkeit. Die Abfertigung mit der der Präsidenten sich befleißigt, daß die Reichsregierung nicht befeht gewesen, so gegen Preußen vorzugehen, denn dazu ohne vorherige Auseinandersetzung keine Möglichkeit.